

Grüne und Kali-Konzern beharken sich

Konzern weist Vorwürfe aus der Politik wegen „Verharmlosung“ zurück - bei anderen Themen „offene Türen“

Giesen/Kreis Hildesheim (abu). Die Grünen im nördlichen Landkreis haben dem Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) vorgeworfen, die Auswirkungen eines erneuten Bergwerks-Betriebs bei Giesen zu verharmlosen. K+S weist die Vorwürfe zurück, erklärt aber zugleich, mit einigen Forderungen würden die Grünen bei dem Kali-Konzern „offene Türen einrennen“.

Die Kreistagsabgeordnete Nina Lipiecki hält dem Unternehmen insbesondere „eine verharmlosende Darstellung der Umweltauswirkungen“ vor. Schließlich habe K+S bisher an allen Standorten Umweltprobleme verursacht. Auch werde der

neue Kaliberg den alten „in seinen Dimensionen um ein Vielfaches übertreffen und massiv hochwertige Böden versiegeln“. Zudem fürchten die Grünen, der wesentliche Teil der geplanten zwei bis vier Meter dicken Abdeckung für die neue Kalihalde werde wohl kein Mutterboden sein, sondern Bauschutt und Abfälle. So könne sich ein „lukratives Zusatzgeschäft“ für K+S ergeben – und bei Giesen eine „genehmigungsfreie Sondermülldeponie nach Bergrecht“ entstehen. Eine Darstellung, die K+S-Sprecher Ulrich Göbel allerdings auf die Palme bringt: „Genehmigungsfreie Sondermülldeponien gibt es in Deutschland gar nicht.“

Die Abdeckung wolle der Konzern aus dem Aushub von regionalen Bauprojekten bestreiten: „Die obere Schicht muss schon guter Boden sein, dort soll ja Vegetation wachsen, um das Regenwasser aufzufangen.“ Darunter sei auch „Unterboden“, etwa aus Straßen, denkbar. Da der Kaliberg 40 Jahre lang wachsen solle, werde es auch genug Bauprojekte geben, um den Bedarf an Erde zu befriedigen.

Göbel ärgert sich zudem über Lipieckis Hinweis, am Kaliwerk Sigmundshall bei Wunstorf sei die Aufbringung von „giftigen Rückständen aus der Aluminium-Salzschlacke-Verwertung“ erst durch eine erfolgreiche Klage der Umweltver-

bände gestoppt worden. „Das ist ein Märchen“, sagt Göbel. Vor dem Verwaltungsgericht hätten Bund und Nabu zwar gewonnen, vor dem Oberverwaltungsgericht habe dann aber K+S Recht bekommen, das Bundesverwaltungsgericht habe danach die Beschwerde der Umweltverbände gegen die Entscheidung ebenfalls abgewiesen.

Richtig sei, dass K+S bei Wunstorf Stoffe aus dem Alu-Schlacke-Recycling und Asche aus einem Steinkohle-Kraftwerk verwandt habe: „Dieses Gemisch hält auch auf der steilen Halde dort, und es wächst auch was darauf.“ Für Giesen sei das aber keine Alternative und auch un-

nötig, da dort eine Halde mit abgeflachten Hängen geplant sei.

Bei einer weiteren Forderung der Grünen öffnet er hingegen die Arme – der nach einem Dialog mit den Bürgern über die vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren hinaus: „Das ist absolut unsere Absicht. Wir planen in Ahrbergen zu Beginn des neuen Jahres eine Arbeitsgruppe mit Gemeinde und der neuen Bürgerinitiative: „Es ist gut, dass es die BI jetzt gibt, so haben wir konkrete Ansprechpartner, die die Sorgen und Fragen der Bürger auch kanalisieren können.“ Überdies habe der Konzern auch zuvor schon zu Anlieger-Versammlungen eingeladen.